

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreitagszeitung: Nachmittag Dresden
Sammelnummer: 25 241
Kurz-Nachrichten: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1928 der täglich auftretenden Ausgabe bei Haus 1.20 Mark.
Postbezugspreis für Monat Mai 3.40 Mark ohne Postabonnementgebühr.
Postamt-Nummer 10 Sternig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig.

Anzeigen-Preise:
25 Pf., für mehrere 40 Pf., Familienanzeigen und Zeitungsanzeige einer Redaktion
15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 25 mm breite Notizen 200 Pf., außerhalb
350 Pf. Zeitungsgebühr 30 Pf. Ausdrückliche Anträge gegen Herausgabe.

Schriftleitung und Hauptredakteur:
Marktstraße 38/42
Druck und Verlag von Leipzig & Seidhardt in Dresden
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") erlaubt. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Roms neue Mittelmeerpolitik gegen Paris.

Alarmnachrichten aus Rumänien. — 15 japanische Kriegsschiffe nach China unterwegs.

Bündnis Rom—Angora—Athen vor dem Abschluss

Zwei gesonderte Pakte.

Berlin, 7. Mai. Wie aus Athen berichtet wird, scheinen die seit der Mailänder Begegnung von den Außenministern Italiens, Griechenlands und der Türkei gesuchten Unterhandlungen vor greifbaren Resultaten zu stehen. Der italienische Gesandte und der griechische Gesandte in Angora werden am Dienstag die abschließenden Verhandlungen mit dem türkischen Außenminister Aschraf Bei führen. Das Ziel der Verhandlungen sei nicht die Schaffung eines dritten Paktes, sondern zweier gesonderter Pakte, eines italienisch-türkischen und eines türkisch-griechischen, die eine Art Mittelmeerabkommen darstellen. Andere Meldungen wollen bereits von dem Abschluss des italienisch-türkischen Paktes und der Genehmigung seitens des Angoraeischen Ministerrats wissen.

Dagegen steht der griechisch-türkische Pakt noch aus, weil noch nicht alle strittigen Fragen geregelt seien, deren vorhergehende Vereinigung seitens Griechenlands gefordert wird. Griechenland hält vor einigen Wochen der Türkei angeboten, ein Abkommen über beiderseitige Beschränkungen in der Seerüstung abzuschließen und gleichzeitig die Differenzen aus der Athener Konvention über die finanzielle Regelung des seinerzeitigen Bevölkerungsaustausches zu befreiten. Die Türkei wollte jedoch vorerst einen Freundschaftspakt und einen Neutralitätspakt abschließen und erst dann die schwedenden Fragen regeln.

Es gewinnt den Anschein, daß Italien in den letzten Tagen die Vermittlerrolle übernommen hat, da es auch seiner-

seits an dem konfliktschwangeren griechisch-türkischen Differenzen interessiert ist, denn der Ausbruch eines griechisch-türkischen Krieges würde auch Italien in den Krieg hineinziehen. Da dann unzweifelhaft Italien an die Seite Griechenlands gegen die Türkei treten würde, dürften Gründe für die Türkei gegeben sein, den italienischen und griechischen Wünschen nachzukommen. Die Wünsche Griechenlands dürfen neben der Forderung auf Beschränkung der Seeabfertigung auf Herabsetzung der seitezigen Rantion von 500 000 Pfund Sterling für die Abdankung der ausgetauschten türkischen Bevölkerung auf 100 000 oder 150 000 Pfund gerichtet sein.

Aber auch im Falle eines Scheiterns der griechisch-türkischen Verhandlungen wäre festzustellen, daß in den Fragen des Mittelmeeres alle drei Staaten einig sind. Die politische Wichtigkeit der Angoraeischen Verhandlungen trägt vor allem lokalen Mittelmeerkarakter. Italien, das wahrcheinlich wirtschaftliche Vergünstigungen in Anatolien hält, sichert sich für den Kriegsfall den Rücken und freies Meer gegen die Levante für die Versorgung Italiens mit Rohstoffen und Lebensmitteln. Griechenland erlangt Ruhe für seinen inneren Aufbau. Die Türkei wird vorläufig Italien als drohenden Anwärter auf die anatolischen Kolonialgebiete los und erhofft in Italien einen konkurrenzfähigen Abnehmer von Landesprodukten. Die Mittelmeerpakte bedeuten erneute Stärkung des politischen Prestiges Italiens gegenüber Frankreich und gegenüber der französischen Mittelmeer-, Balkan- und Orientpolitik und auch gegenüber Südslawien und der Kleinen Entente.

Abrechnung mit der Sozialdemokratie.

Der Warnruf eines nationalen Sozialisten.

Zu welchen Zuständen eine Union der Linksparteien, sollte sie aus der Wahlslacht als Sieger hervorgehen, führen würde, das kennzeichnet noch im rechten Augenblick eine Gabe der kommunistischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat, in der zur Durchführung des für Pfingsten festgesetzten 4. Reichstagswunsches des Roten Frontkämpferbundes nebst anderen behördlichen Unterstützungsmaßnahmen die Vergabe von 50 000 Reichsmark aus kommunalen Mitteln und die Besiegung der städtischen Gebäude mit dem blutroten Banner gefordert wird. Schneller als der Innenminister es vielleicht selbst erwartet hat, und gewiß zum größten Missbehagen der Sozialdemokratie und Demokratie, ist mit dieser Gabe ein stärkster Beweis erbracht worden für die Nichtigkeit des Erfuchs an die Väterregierungen zum Verbot der Rotefront. Wenn bereits jetzt "die Anerkennung der Ziele" dieser Organisation öffentliche Verwaltungsstellen Magdiene für einen Linkerverband tun sollen, dann kann sich jeder einfache Staatsbürger ausmalen, was werden würde, wenn die Kommunisten Hand in Hand mit der Sozialdemokratie die Regierungsgewalt übernehmen. Nichts aber wäre irriger, als anzunehmen, daß die Sozialdemokratie ihre "staatserhaltenden Kräfte" zur Verteidigung der in allen Lobbies gepräsenten Republik gegen die zerstörenden Pläne der Kommunisten ausrufen würde. Wenn beide im Reichstagssaal auch mit Fäusten auseinander loschlagen, die Liebe des richtunggebenden Flügels der "vereinigten" Sozialdemokratie gehört noch immer den roten Brüdern zur Linken, während sie die zwar noch kleine, aber ständig wachsende Partei der Altkonservativen mit einem leidenschaftlichen Hass verfolgt. Wer den mit Furcht gemischten Hass der sozialdemokratischen Funktionärschaft gegen diese Gruppe verstehen will, der greife zu der kleinen Broschüre "400 Tage Ostpreußen", die von August Winnig verfaßt worden ist (Verlag Wirth & Co., Dresden). Die Schrift ist zur rechten Zeit erschienen, um im Wahlkampf der Sozialdemokratie einen Spiegel ihrer Unzulänglichkeit vorzuhalten. Winnig hat in ihr mit überlegener und von allem persönlichen Hass freier Sachlichkeit Rechenschaft gegeben über seine Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar sowie als Ostpreußens Oberpräsident während der Abstimmung und des Kapp-Putsches. Doch Bedeutung für die Wahlzeit hat die Broschüre besonders dadurch, weil sie klar den Weg erkennen läßt, den die Wiedervereinigung von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen in Wahrheit nichts anderes als die völlige Unterwerfung der Scheidemann-Gruppe unter die Gaule-Gruppe war. Auch räumt Winnig mit den Legenden, die von sozialdemokratischer Seite über die Ereignisse jener Tage immer noch geflüstert werden, gründlich auf.

Bereits im Sommer 1919 sind die Mehrheitssozialisten reif gewesen für die Unterwerfung unter die Unabhängigen, deren Führer Cipriani das Vaterland zugunsten der Internationale verlängerte. Aus Winnigs Bericht über eine Fraktionssitzung erfahren wir, daß Scheidemann in einem Referat über die Verschiebung der Wählermassen nach links ein "Einkommen in radikalere Bahn" — d. h. also den Wettkampf mit dem Radikalismus der Unabhängigen — forderte. Wir wissen heute, daß seitdem die Scheidebänner die radikalen Schriftsteller der U. S. P. nicht nur eingeholt haben, sondern nun vereint mit ihnen sogar den Wettkampf mit den Radikalismus des Kommunismus fortsetzen. Das vor kurzem erfolgte Bündnisangebot Löbes im "Vorwärts" spricht Bände dafür. Die Altkonservativen haben das nicht mitmachen wollen. Dort, wo 1914 die Gesamtpartei stand, als ihre Wählermassen geschlossen für das bedrohte Reich eintaten, haben sie das Banner eines wirklich staatsbejahenden, deutsch-fühlenden Sozialismus aufgepflanzt, der sehr wohl ein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, und nicht zur Freude des Siegerkapitalismus das Heil des Volkes in der Internationale sucht. Darum der Hass des ehemals mehrheitssozialistischen Flügels der "Vereinigten" gegen den Altkonservatismus. Winnig hat schon auf dem Nürnberger Vereinigungstag, Herbst 1922, Scheidemanns Betrachtungsworte, die die Politik der Partei unter die Michelskur stellen wollte, ob sie der Partei nütze oder schade, verworfen. Die Partei sei nicht um ihrer selbst willen da, sondern sie trüge ein Mandat von der Nation. Gerade weil der Wechsel von der Opposition in die Regierung verantwortlich so rasch gekommen sei, wäre die S. P. D. um so mehr auf die Mitarbeit der anderen Parteien angewiesen. Auch dürfe die Tatsache, daß die spartakistische Anarchie nur mit Hilfe des rechtseingesetzten Frontsoldatenkundschafts überwunden werden können, nicht einfach beiseite geschoben werden. Winnig streben war schon damals, die Deutsche Volkspartei und die Deutschen Nationalen für die Mitarbeit an dem neuen Staate zu gewinnen, denn "solch eine Politik habe keine Gegenrevolution zu fürchten". Aber die Mehrheit der Fraktion wollte von dieser, mit wirklicher Ver-

Erklärung Geipels zur Bela Kun-Affäre.

Gegen alle revolutionären Umtriebe. — Für Aktionen in Ungarn.

Eine Warnung an die Sozialdemokratie.

München, 7. Mai. In einem dem Vertreter der "Münchner Räte" in Wien gewährten Interview wandte sich Bundeskanzler Geipel gegen die Aussicht, daß die unerlaubte Rückkehr Bela Kunns von Österreich irgendwie begünstigt werden könnte, und bemerkte, um von Wien aus eine Revolution in einem Nachbarstaate vorzubereiten, so sei dies ein vielleicht schlimmerer und schädlicher Angriff auf Österreich, als wenn er in Österreich selbst seine kommunistische Agitation hätte enthalten wollen.

Wir werden nicht dulden, erklärte der Bundeskanzler, daß auch nur der Schein entstehe, wie wenn Österreich zu einem Zentrum revolutionärer Wühlarbeit in anderen Staaten gemacht werden könnte, und wir werden jedes eingesetzte Mittel entschließen. Dazu gehörte insbesondere, daß den am meisten bedrohten und betroffenen Nachbarstaaten voller Einblick in den sichergestellten Altenbestand gewährt werde. Sie mühten in der Lage sein, gegen Umsatzpläne ihre Vorkehrungen anstreben und sich zu wehren.

Der Bundeskanzler wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die Sozialdemokratie, die sich jetzt beilebt, den Trennungsblick zwischen sich und den Kommunisten zu verschaffen, um eine Solidarität mit der proletarischen Weltrevolution herbeizuführen.

Mussolinis wirtschaftspolitische Ziele.

Korporative Wirtschaft gegen den Kapitalismus.

Rom, 8. Mai. Im Augusteum wurde der Dritte Internationale Kongress des faschistischen Syndikats eröffnet. Nachdem der Führer der italienischen Syndikatbewegung, Abg. Mussolini, den Bericht erhielt hatte, hielt Ministerpräsident Mussolini eine Rede, in der er ausführte: Um den italienischen Syndikalismus richtig zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der italienische Syndikalismus nach dem Kriege ein Reich von Illusionen, Utopien und Versprechungen darstellte. Das Ziel, die Menschheit durch einfache Nivellierung des menschlichen Geschlechtes glücklich zu machen, war eine Narrheit, denn die Natur selbst ist ein Reich der Ungleichheit.

Nachdem die Massen der landwirtschaftlichen Bevölkerung Italiens dem Faschismus beigetreten sind, ist dieser im Besitz, tief in die Seele des italienischen Volkes eingedrungen. Das italienische Volk hat den besten Beweis seiner Anhängerlichkeit an dieses Regime durch seine freiwillige Mitarbeit bei der Schlacht für die Vira gegeben, die glücklicherweise als gewonnen betracht werden kann. Es muß nochmals deutlich ausgedrückt werden, daß der Faschismus nicht hervorgegangen ist aus einer Verteidigung der Interessen einzelner Klassen oder besonderer Berufsstände, sondern die gesunde Bewegung des italienischen Volkes

war und auch eine Bewegung des Volkes zu bleiben beabsichtigt. Die faschistische Regierung, die besteht ist, das italienische Volk in materieller und moralischer Beziehung zu verbessern, steht an der Spitze aller Nationen, was die soziale Gleichstellung anbelangt.

Mussolini sagte weiter: Wir befinden uns in einer Syndikatsphase, die aus Gründen allgemeiner Art noch lange dauern wird, denn die europäische Krise ist noch nicht gelöst. Die syndikalistische Organisation muß vervollkommen und das Niveau der Massen muß gehoben werden. Erst dann werden wir an die letzte Phase denken können, das heißt die Phase des korporativen italienischen Staates. Unser gegenwärtiges Jahrhundert wird eine neue corporative Wirtschaft haben, wie das letzte Jahrhundert eine kapitalistische Wirtschaft hatte. Kapital und Arbeit müssen gleichgestellt werden, und beiden müssen ihre Rechte und ihre Pflichten gegeben werden.

Eine neue Rede Poincarés.

Paris, 7. Mai. In Par le Duc hielt Poincaré seine dritte große Rede, die diesmal den innerpolitischen Fragen gewidmet war und in gewisser Hinsicht als eine Programmkündigung angesehen werden kann. Nach einem kurzen Rückblick auf die Wahlen wies Poincaré darauf hin, wie wichtig eine kluge Vorsicht in allen Fragen der Wirtschaft und der Finanzen sei, die wirtschaftliche und finanzielle Fragen noch während mehrerer Jahre die ganze französische Politik beherrschen würden. Ein neues Defizit würde nicht nur alle Bemühungen, zu einer festen Währung zu gelangen, vereiteln, sondern auch alle bisherigen Vorteile vernichten. Er hoffte, daß die neue Kammer diese Warnung hören werde, denn ein falscher Schritt würde genügen, um das Land in den Abgrund zu stürzen. Daher bedürfe sie einer festen und dauernden Mehrheit, die alle anderen Erwartungen der endgültigen Gliederung der Währung unterstelle. Die finanzielle Gliederung sei ohne die ökonomische undenkbar. Daher werde die Kammer verfügen müssen, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion des Landes zu erhöhen. Außerdem eine Regierung auch in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten die sozialen Reformen nicht aus den Augen lassen. Poincaré schloß, Frankreich bedürfe heute mehr denn je aller Kräfte, um ohne Störung sein Schicksal selbst zu bestimmen. Es habe nur den einen Wunsch, zur Stärkung des Weltfriedens beizutragen. In dieser Eregung, die noch die Spuren der offenen Kriegswunden zeigt, wünsche ein jeder aus vollem Herzen die aufrichtige Annäherung aller Völker, insbesondere aber der europäischen.

Ein alter Volksbrauch abgeschafft.

Zürich, 7. Mai. Die Landsgemeinde des Kantons Uri, in der bisher das Volk unter freiem Himmel die Gemeinden wählte und über Gesetze abstimmt, hat mit großer Mehrheit die Abschaffung dieser 500 Jahre alten Institution und ihre Erziehung durch die Urne abstimmen beschlossen. Die Landsgemeinde besteht in der Schweiz jetzt nur noch in den Kantonen Glarus, Unterwalden und Appenzell.